



dbb beamtenbund und tarifunion, GB Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin

Mitglieder der Geschäftsführung der  
Bundestarifkommission des dbb

Mitglieder der Bundestarifkommission des dbb

Mitgliedsgewerkschaften des dbb

dbb einschließlich Landesbünde

dbb bundesfrauenvertretung, dbb jugend,  
dbb bundessenorenvertretung

dbb-Dienstleistungszentren

26. Februar 2018 BB/ki

## ***Nr. 2/2018***

### ***Auftakt der Einkommensrunde 2018 mit Bund und Kommunen***

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 26. Februar 2018 haben in Potsdam die Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit dem Bund und den Kommunen begonnen. Zu Beginn der Verhandlungen stellte der dbb den Arbeitgebervertretern seine Forderungen vor und erörterte diese im Einzelnen.

Die Kernforderungen des dbb lauten:

- Erhöhung der Tabellenentgelte des TVöD, des TV-V, der TV-N und des TV-Fleischuntersuchung um 6 Prozent, mindestens aber um 200 Euro monatlich
- Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden und Praktikanten um 100 Euro
- Laufzeit dieser Regelungen: 12 Monate
- Anhebung des Nachtarbeitszuschlags im TVöD BT-K auf 20 Prozent
- Wiederinkraftsetzen der Regelung zur Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis
- Tarifierung der Ausbildungsbedingungen der bisher nicht tariflich geregelten Ausbildungs- und Praktikumsverhältnisse in Anlehnung an den TVAöD bzw. TVPöD

Weiterhin will der dbb

- die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des linearen Abschlusses auf die Bundesbeamten
- die Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA
- die Erhöhung des Wechselschicht- und Schichturlaubs
- 20 Prozent Zuschlag für Samstagsarbeit auch im Besonderen Teil Krankenhäuser
- die Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschichtarbeit auch in den Besonderen Teilen Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- eine Zusage, auf regionaler Ebene über ein kostenloses landesweites Nahverkehrsticket zu verhandeln
- die Erhöhung des Urlaubs für Auszubildende um einen Tag
- eine Verbesserung der Regelungen zur Kostenübernahme des Auszubildenden beim Besuch auswärtiger Berufsschulen
- eine Verhandlungszusage über Erweiterungen der Regelungen für leistungsgeminderte Beschäftigte
- eine Fortschreibung der Regelungen zur Altersteilzeit

Die öffentliche Hand erzielt derzeit die höchsten Überschüsse seit Jahrzehnten. Der dbb wies darauf hin, dass nun investiert werden müsse. Insbesondere in den Bereichen Pflege, Erziehung, Verwaltung und Sicherheit müssten die Arbeitgeber vor allem in gut ausgebildete Fachkräfte investieren. Dies hat die Arbeitgeberseite anders gesehen. Statt hierauf einzugehen und ein Angebot abzugeben, igelte die Arbeitgeberseite sich in ihrer Abwehrposition ein.

Die Verhandlungen werden am 12. und 13. März 2018 in Potsdam fortgesetzt. Zuvor wird der dbb zu Warnstreikaktionen aufrufen. Alle Beschäftigten bei Bund und Kommunen sind aufgerufen, sich an diesen Aktionen zu beteiligen. Das geforderte Einkommensplus soll sowohl für Arbeitnehmer als auch für Beamte gelten. Damit sind auch die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, sich in ihrer Freizeit unseren Aktionen anzuschließen. Ein Erfolg kann nur gelingen, wenn wir hier unabhängig von Statusgruppen und Fachgewerkschaften gemeinsam an einem Strang ziehen. Weitere Informationen zu den geplanten Aktionen finden Sie unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

Mit freundlichen Grüßen

Volker Geyer  
Stellv. Bundesvorsitzender  
Fachvorstand Tarifpolitik